

# WEISS

Magazin der Freien Liste



30 Ausgaben.  
30 Denkanstösse.  
Förderungswürdig.

03

– **Seit bald 30 Jahren** – Zweimal ist die Freie Liste an der Sperrklausel gescheitert, beim dritten Mal hat sie die Hürde geschafft und ist in den Landtag eingezogen. Ein Überblick über die Stimmenanteile der Freien Liste seit ihren Anfängen.

04

– **Casino-Initiative in Leichter Sprache** – Nicht nur Menschen mit Lernschwierigkeiten werden diesen Text zur Casino-Initiative der Freien Liste einfacher verstehen, denn er ist von der Autorin in Leichte Sprache übertragen worden.



08

– **30 Denkanstösse zur 30. Ausgabe** – Die 30. Ausgabe des Weiss Magazins feiern wir mit einer Auswahl von «weissen» Denkanstössen. Sie formieren sich wie Mosaiksteine zur Landkarte der Freien Liste.



## Impressum

**Herausgeberin** Freie Liste, Liechtenstein  
**Redaktion** WEISS, Birkenweg 6, 9490 Vaduz  
**Redaktionsleitung** Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li  
**Gestaltung** Mathias Marxer, Gregor Schneider, Triesen  
**Druck** LAMPERT Druckzentrum AG, Vaduz  
**Schrift** Univers und New Baskerville  
**Papier** Bavaria, 80 g/m<sup>2</sup>, FSC **Auflage** 20'100 Ex.



# Mut zur Medienförderung

**Text** Conny Büchel Brühwiler und Pepo Frick, praesidium@freieliste.li

Sie halten die dreissigste Ausgabe des Magazins in den Händen. Vor 8 Jahren, am 1. Dezember 2011, erging es zum ersten Mal an alle Haushalte im Land. Dem Jubiläum widmen wir diese Ausgabe mit einer Auswahl von 30 «weissen» Denkanstössen, die zeigen, wie intensiv sich die Freie Liste für Liechtenstein und seine Menschen engagiert und was ihre Politikerinnen und Politiker unter einer sozialen, ökologischen und demokratischen Politik verstehen. Seit Jahrzehnten tragen wir z.B. zum umweltschonenden Umgang mit Ressourcen und zum massvollen Verhalten im Verkehr bei, denken Sie nur an die Kleeblatt-Initiative. Unsere Autorinnen und Autoren im Weiss Magazin treffen in ihren Beiträgen den Kern der Sache und den Grafikern Mathias Marxer und Gregor Gschart gelingt immer wieder ein polarisierendes, pointiertes Cover. Tausend Dank für Euren Einsatz!

Im Gegensatz zu den hoch subventionierten grossen Zeitungen erhält das Weiss Magazin keinerlei staatliche Förderung. Viele nehmen es als Parteizeitung wahr und scheinen zu vergessen, dass unsere Landeszeitungen genauso Parteiorgane sind. Das wurde im Vorfeld der Abstimmung zum Spitalneubau wieder offensichtlich: Die Koalitionsregierung, und die Befürworter aus FBP und VU, erhielten redaktionellen Raum ohne Ende. Von fairer Gleichbehandlung der Gegner keine Spur. Höchste Zeit, dass sich die Medienkommission, mit dem Defizit in der Medienförderung beschäftigt (95% der Medienförderung geht an die Tageszeitungen). Und höchste Zeit, dass die Regierung das Problem anpackt, nachdem ihre Beantwortung des FL-Postulats so vielversprechend ausfiel. Das «Weiss» wie auch andere engagierte kleinere Medien verdienen ein Stück vom Kuchen.

Wir freuen uns besonders über den Beitrag in Leichter Sprache von Autorin Julia Kerber, der ein entsprechend «leichtes» Layout bekommen hat.

Viel Freude bei der Lektüre und schöne Adventszeit.

*Conny Büchel Brühwiler und Pepo Frick*



# Bald 30 Jahre im Landtag und in den Gemeinderäten

Text Thomas Lageder, thomas.lageder@landtag.li

**Nachdem die Freie Liste 1986 mit 7,06% und 1989 mit 7,56% Wählerstimmen bei den ersten beiden Versuchen noch knapp an der 8%-Sperrklausel gescheitert war und somit nicht in den Landtag eingezogen war, ist sie seit 1993 konstant im Landtag vertreten.**

Bei den ersten Wahlen 1993 gelang der Freien Liste der Einzug in den Landtag zum ersten Mal, dies mit einem Anteil von 10,4% der abgegebenen Stimmen und zwei Mandaten, um schon im gleichen Jahr nach der Auflösung des Landtags durch den Landesfürsten auf 8,54% zurückzufallen und nur noch mit einem Mandatar vertreten zu sein. 1997 gelang es, mit 11,4% Stimmenanteil drei Mandate zu erringen. Bei der folgenden Wahl 2001

gingen zwei wieder verloren. Es konnte jedoch mit 8,8% das Scheitern an der Sperrklausel vermieden werden.

## Drei Mandate im Jahre 2005

2005 erreichte die Freie Liste mit 13,0% den bis anhin höchsten Wählerinnenanteil und zog erneut mit drei Mandaten in den Landtag ein. Schon bei der nächsten Wahl folgte aber ein erneuter Rückgang auf 8,9% und somit ein Mandat.

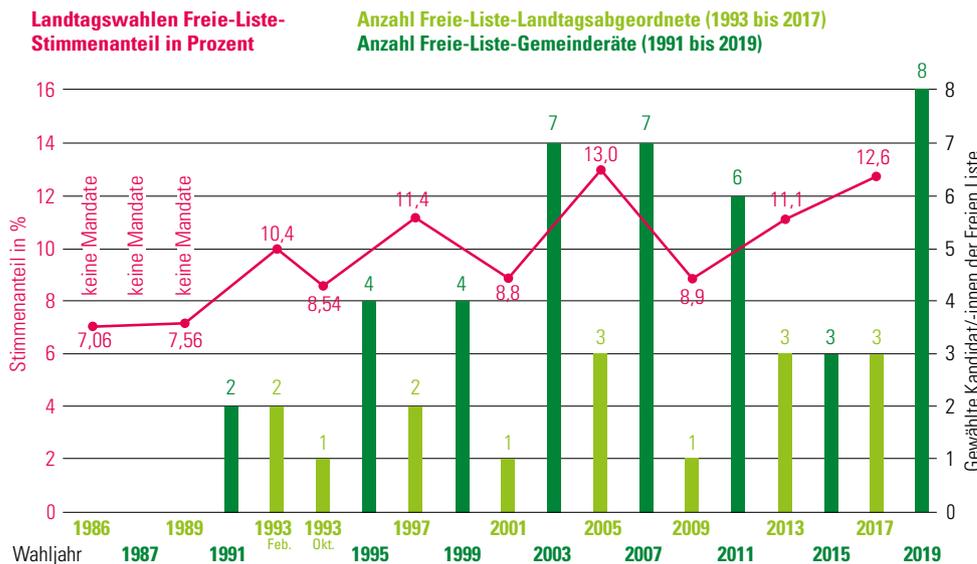
## Kontinuität seit 2013 mit drei Mandaten

2013 dann konnte die Freie Liste mit 11,1% wiederum drei Mandate erringen und diese bei der folgenden Wahl 2017 zum ersten Mal mit 12,6% erfolgreich verteidigen. Es war endlich gelungen, das Resultat zu konsolidieren. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich die Konkurrenz mit der damals neu formierten «DU»-Partei doch verschärft hatte, die wohl viele Proteststimmen für sich beanspruchen konnte, die in der Vergangenheit gerade auch der Freien Liste zugute gekommen waren.

## Seit 1991 in den Gemeinderäten

Auf Gemeindeebene gelang der Einzug in Balzers und Schaan bereits 1991 mit je einer Person. 1995 und 1999 konnten bei den Gemeinderatswahlen jeweils vier Mandate erreicht werden. 2007 und 2011 errang die Freie Liste dann jeweils sieben Mandate in verschiedenen Gemeinden. 2011 ging ein Mandat wieder verloren und die Freie Liste war mit sechs Personen auf Gemeindeebene vertreten. 2015 reduzierte sich die Anzahl Mandate der Freien Liste auf drei.

2019 erreichte die Freie Liste mit acht Mandaten in sieben Gemeinderäten ihr bisher bestes Ergebnis in den Gemeinden. ■





# Mehr ist weniger. Weniger ist mehr.

**Text** Julia Kerber, julia.kerber@lbv.li **Originaltext** Parlamentarische Initiative zur Erhöhung der Geldspielabgabe der Abgeordneten Georg Kaufmann, Thomas Lageder und Patrick Risch vom 9. September 2019 **Bild** zvg

**Der Landtag hat im Jahr 2016 das Thema Casinos behandelt. Ein Casino ist ein anderes Wort für Spielbank. Im Casino gibt es Spielautomaten und es werden Glücksspiele gespielt. 2016 war das Ergebnis eine Marktliberalisierung. Das bedeutet: Das Gesetz wurde gelockert. Es wurde einfacher, ein Casino zu eröffnen. Die Folge ist, dass viele Casinos in Liechtenstein geplant werden.**

Heute gibt es drei Casinos in Liechtenstein. Weitere Casinos sind geplant in: Bendern, Schaan und Balzers.

## **Freie Liste**

Die Freie Liste ist eine Partei in Liechtenstein. Die Mitglieder der Freien Liste, welche im Landtag sind, bilden eine Fraktion. Die Fraktion der Freien Liste war die einzige Partei, die gegen das Casino-Gesetz war.

Gründe waren:

- **Zu hohe Gewinne für Casinos**
- **Themen wie Spielsucht**
- **Geldwäscherei**
- **und noch mehr**

Für die Fraktion der Freien Liste macht es einen grossen Unterschied, ob es in Liechtenstein ein Casino oder 20 Casinos gibt. Die Fraktion macht darum eine Initiative. Das bedeutet: Die Fraktion möchte das Gesetz abändern.

## **Tiefere Geldspiel-Abgaben als die Nachbarn**

Ein Casino in Liechtenstein lohnt sich sehr für Besitzer von Casinos. Zum Beispiel wegen den tiefen Ertrags-Steuern. Auch die Geldspiel-Abgaben sind kleiner als in der Schweiz oder in Österreich. Die Geldspiel-Abgaben richten sich nach dem Brutto-Spielertrag

im Casino. Der Brutto- Spielertrag sind die Einnahmen des Casinos. In Liechtenstein zahlen die Casinos zwischen 17,5% und 40%. In der Schweiz ist der Abgabensatz zwischen 40% und 80%. Das heisst, die Geldspiel-Abgaben sind in Liechtenstein viel weniger als in der Schweiz. Diese tiefen Abgaben machen Liechtenstein für Casinos attraktiv. Eine Folge davon ist, dass immer mehr Casinos in Liechtenstein geplant werden.

## **Hohe Gewinne bei den beiden Casinos**

Zwei Casinos zusammen hatten im Jahr 2018 einen Brutto-Spielertrag von 53,8 Millionen Franken.

Die Geldspiel-Abgaben betragen: 19,3 Millionen Franken. Beide Casinos hatten Abgabe-Sätze von weniger als 38%. Ein Blick auf den Brutto-Spielertrag zeigt: Der Betrieb von einem Casino ist sehr gewinnbringend. Eine Folge davon ist, dass immer mehr Unternehmen ein eigenes Casino in Liechtenstein machen möchten. Das war so aber nicht geplant und ist von vielen Menschen in Liechtenstein nicht gewünscht. Aus diesem Grund sollte die Regierung das Gesetz anpassen.

### Mehr Casinos und weniger Staats-Einnahmen

Mehr Casinos bedeuten aber nicht unbedingt höhere Staats-Einnahmen. Wahrscheinlich werden die Staats-Einnahmen sogar kleiner. Grund dafür ist, dass die Brutto-spiel-Abgaben sich auf mehrere Casinos verteilen. Wenn es nur ein Casino im Land gibt, macht das Casino einen höheren Ertrag. Der Ertrag wird mit einem hohen Abgabe-Satz besteuert. Gibt es mehrere Casinos, verteilen sich die Spieler. Das bedeutet, jedes Casino macht weniger Ertrag und hat einen kleineren Abgabe-Satz. Darum die Annahme: Gibt es in Liechtenstein nur ein Casino, werden die Staats-Einnahmen grösser. Aus Sicht des Staates ist es darum wünschenswert, dass es so wenig Casinos wie möglich gibt. Ideal wäre nur ein Casino. Somit wäre das der grösstmögliche Steuer-Gewinn für den Staat.



## Casino-Situation in Liechtenstein



- Bestehend
- Im Aufbau

### **Weitere Nebeneffekte**

Ein weiterer Nebeneffekt von nur einem Casino ist: Liechtenstein bekommt nicht den Ruf «Glücksspiel-Land». Solche Titel sind wenig erfreulich und wecken schlechte Bilder im Kopf. Auch könnte man bei einem Casino die Gefahr von Spielsucht besser kontrollieren. Ein weiterer Nebeneffekt wäre weniger Belastung durch Verkehr und Lärm. Das wäre besonders gut für die Bevölkerung.

### **Marktbereinigung**

Marktbereinigung bedeutet: Casinos machen zu wenig oder keinen Gewinn und schliessen deshalb wieder. Momentan machen die beiden Casinos sehr hohe Gewinne. Darum findet keine Marktbereinigung statt. Um eine Marktbereinigung zu schaffen, müssten die Brutto-Geldspiel-Abgaben stark angehoben werden.

### **Initiative**

Aus diesem Grund schlägt die parlamentarische Initiative der Freien Liste vor: die Brutto-Geldspiel-Abgabe auf die Bandbreite von 27,5% bis 80% zu erhöhen. Ziel dieser Anpassung ist: die Anzahl von Casinos klein halten und die Einnahmen für den Staat erhöhen.

### **Fragen?**

Das Thema Casino ist sehr kompliziert. Gerne erklären wir Ihnen das Thema in einem persönlichen Gespräch. Da können wir gut auf Ihre Fragen eingehen. ■



## Zur Autorin und zur Prüfgruppe

Julia Kerber ist Sozialpädagogin. Sie machte einen Kurs zum Thema Leichte Sprache. Seit drei Jahren leitet sie das Büro für Leichte Sprache in Liechtenstein. Sie hat diesen Text in Leichte Sprache übersetzt. Jeder Text wird von einer Prüfgruppe überprüft. Die Prüfgruppe besteht aus drei Personen mit Lernschwierigkeiten. Ein Text wird nur veröffentlicht, wenn die ganze Gruppe mit dem Text einverstanden ist.

### Einfache Sprache im Weiss

Es gibt auch in Liechtenstein Menschen, die nicht so gut lesen können. Sie haben Probleme, komplizierte Berichte zu verstehen. Für sie ist dieser Artikel gemacht.



### Leichte/Einfache Sprache

Leichte Sprache bezeichnet eine Sprache, welche sich den Bedürfnissen von Menschen mit geringer Lesekompetenz anpasst. Bei einem Leseniveau von A1/A2 spricht man von Leichter Sprache. Texte mit dem Niveau A2/B2 werden korrekterweise Einfache Sprache genannt. Diese Unterscheidung wird jedoch nicht überall gemacht. Oftmals wird nur von «Leichte Sprache» gesprochen.

### Zielgruppe

Zur Zielgruppe gehören nicht nur Menschen mit Leseschwäche, sondern auch Menschen mit Migrations-Hintergrund. Auch gehörlose Menschen und Menschen mit Demenz profitieren von Berichten in Einfacher Sprache.

### Wichtige Regeln

- Bekannte Wörter benutzen
- Einfache Sätze bilden
- Auf Abkürzungen verzichten
- Keine Fremdwörter oder
- Fremdwörter erklären
- Leserliche Schrift wählen
- 1,5-facher Zeilen-Abstand
- Linksbündig schreiben
- Aussagekräftige Bilder wählen
- Zwischentitel schreiben

# 30 Denkanstösse der Freien Liste

**Text** Redaktion sowie Mitglieder der Freien Liste **Bilder** Freie Liste, Rainer Kühnis (Bild Schädgraba) **Illustration** Jürgen Schremser

**In acht Jahren sind insgesamt 30 Ausgaben des Weiss Magazins erschienen mit zahlreichen engagierten Beiträgen rund um das politische Geschehen in Liechtenstein, kommentiert aus dem Blickwinkel der Freien Liste. Diesen Meilenstein feiern wir mit einer Auswahl von «weissen» Denkanstössen. Sie formieren sich wie Mosaiksteine zur Landkarte einer sozial, ökologisch und demokratisch ausgerichteten Organisation.**

## 1 Medienförderung

[thomas.lageder@landtag.li](mailto:thomas.lageder@landtag.li)

Die beiden Landeszeitungen, im Wesen Parteiorgane von FBP und VU, teilen rund 95 Prozent der Medienförderung unter sich auf. Sie scheinen damit die Deutungs-  
hoheit in wichtigen politischen Fragen zu haben, das bringt Nachteile für die Meinungsvielfalt. Seit 2007 muss ein Medium 10 x pro Jahr erscheinen, damit es als förderungswürdig gilt. So können sich kleinere Medien kaum etablieren. Gingen vor 2007 von der ausgeschütteten 1 Mio. Franken rund 20 Prozent an andere Medien als die Landeszeitungen, sind die Förderbeiträge für die grossen beiden Zeitungen mit dem neuen Medienförderungsgesetz von 2007 verdoppelt worden (gesamthaft auf rund 1,8 Mio. Franken). Die Regierung wurde 2018 von der Freien Liste eingeladen, die Wirksamkeit der Medienförderung in Bezug auf Medien- und Meinungsvielfalt zu überprüfen. Der Bericht der Regierung war ermutigend. Wie geht es nun weiter?

## 2 Vier Steuerpostulate

[thomas.lageder@landtag.li](mailto:thomas.lageder@landtag.li)

Im November 2017 reichte die Freie-Liste-Landtagsfraktion vier Steuerpostulate ein, um offensichtliche Schwachstellen im Steuergesetz von 2012 zu prüfen. Es handelt sich um die steuerliche Bewertung von Liegenschaften, die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Entkoppelung des Sollertrags vom Eigenkapitalzinsabzug und viertens die Wiedereinführung einer Besteuerung von Ausschüttungen. Keines der Postulate fand im Landtag eine Mehrheit, obwohl sogar die Regierung noch wenige Jahre zuvor dringenden Handlungsbedarf bei gerade diesen Themen geortet hatte. Es ist absehbar, dass gerade diese Bereiche wieder aktuell werden, sollte Liechtenstein wegen den internationalen Entwicklungen in Sachen Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) Steuersubstrat verlieren.



### 3

## Aktuelle Stunde im Landtag

[praesidium@freieliste.li](mailto:praesidium@freieliste.li)

Prämienschock bei der Krankenversicherung, Eurolohne, hin zu einer tragfähigen Verkehrslösung im Unterland, «Solidarisches Liechtenstein» etc.: Vor sechs Jahren gab sich der Landtag als Volksvertretung auf Initiative der Freien Liste hin die Möglichkeit gegeben, abhängig von den Regierungsvorlagen eigene, aktuelle und wichtige Themen während einer Stunde öffentlich zu besprechen. Vorher bestand diese Möglichkeit im Landtag nicht. In der Aktuellen Stunde werden nun Themen von landespolitischer Bedeutung diskutiert, eigene Ideen oder Projekte aufgeworfen und es resultierten auch schon politische Vorstösse daraus.

### 4

## Abschaffung Sperrklausel und Grundmandatserfordernis

[richard.brunhart@gmx.net](mailto:richard.brunhart@gmx.net)

Für die Freie Liste ist die Repräsentation des Wähler\*innenwillens in der indirekten Demokratie eine zentrale Aufgabe des Wahlrechts. Die FL hat immer wieder Vorstösse unternommen, um bestehenden Demokratiedefiziten zu begegnen: mit der Abschaffung der Sperrklausel auf Landesebene und des Grundmandatserfordernisses auf Gemeindeebene. Noch haben sich die Grossparteien jedoch nicht dazu durchringen können, den kleinen Parteien gleiche Chancen einzuräumen – die aktuelle Motion vom Januar 2019 zur Abschaffung des Grundmandatserfordernisses ist noch hängig.

### 5

## Erwerbsabhängige Krankenkassenprämien

[thomas.lageder@landtag.li](mailto:thomas.lageder@landtag.li)

Die Freie Liste reichte im Frühjahr 2016 eine Initiative in Form einer einfachen Anregung zur Einführung erwerbsabhängiger Krankenkassenprämien ein. Das Begehren kam mit 1'549 gültigen Unterschriften zustande und wurde im Landtag diskutiert. Durch erwerbsabhängige Krankenkassenprämien, die sich am Verdienst des Versicherten orientieren, würden ca. 80 Prozent der Bevölkerung entlastet. Leider weigerte sich die Landtagsmehrheit, die Bevölkerung darüber abstimmen zu lassen. Der Handlungsbedarf ist aber weiterhin gross. Das zeigen zum einen die Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude zur Höhe der Krankenkassenprämien und zum anderen auch die Bemühungen, die Prämienverbilligung massiv auszuweiten. Die aktuelle Ausweitung der Prämienverbilligung ist nichts anderes als die schrittweise Einführung von erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien, da sich die Prämienverbilligung eben genau nach dem Erwerb richtet. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis erwerbsabhängige Krankenkassenprämien für alle Realität werden. Daran führt kein Weg vorbei.



«Prämienverbilligung ist ein klarer Schritt Richtung erwerbsabhängige Prämien.»

Thomas Lageder



«Bestmögliche Repräsentation ist zentral in der indirekten Demokratie.»

Richard Brunhart



«Bis zur faktischen Gleichstellung ist es noch ein langer Weg.»

Conny Büchel Brühwiler



## 6

### Faktische Gleichstellung

[helen.konzett@landtag.li](mailto:helen.konzett@landtag.li)  
[praesidium@freieliste.li](mailto:praesidium@freieliste.li)

Bei der faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern handelt es sich um ein ureigenes Anliegen der Freien Liste und einen Bereich, in dem sie immer wieder neue Impulse setzt. So schickte sie z.B. im Dezember-Landtag 2017 ein gleichnamiges Postulat auf den Weg. Die Postulanten luden darin die Regierung ein, die Situation zu prüfen und Stellung zu beziehen, wie sie faktische Gleichstellung zwischen Mann und Frau in der Politik, in der liechtensteinischen Landesverwaltung und der Wirtschaft einschätzt und zu erreichen gedenkt. Das ist nur ein Beispiel für das kontinuierliche Engagement der Freien Liste, die auch immer wieder Initiativen und Petitionen von Frauenorganisationen unterstützt.

## 7

### Bodenbank für Mauren

[claudia.robinigg@gmail.com](mailto:claudia.robinigg@gmail.com)

2014 brachte die Freie Liste in Mauren die Idee einer Bodenbank auf die Agenda. Dort sollen Bauwillige ihr wenig baureifes, abgelegeneres Grundstück gegen Wohnfläche eintauschen können. Hintergrund: Wollen Bodeneigentümer bauen, braucht es Zufahrtsstrassen. Je mehr einzelne Grundstücke erschlossen werden, desto rascher schreitet die Zersiedelung voran. Gemeinsam mit der Orts- und Raumplanungskommission konnte die Bürgergenossenschaft überzeugt werden, die für den Eintausch nötige grössere Gesamtbodenfläche bereitzustellen. Auch die Stiftung Zukunft.li empfiehlt Bodenbanken als Schutz gegen Zersiedelung. Das Projekt ist spruchreif, sobald die Regierung zustimmt.

## 8

### Weissgeldstrategie

[wolfgang.marxer@landtag.li](mailto:wolfgang.marxer@landtag.li)

2009 fand ein Paradigmenwechsel für unsere Finanzbranche statt. Verfechter der «Weissgeldstrategie» wollten, dass Banken sicherstellen, dass das ihnen in Obhut gegebene Geld am Steuerdomizil des Eigners korrekt versteuert wird. Dies ist genau das, was die Freie Liste seit Jahren gefordert hatte, wofür sie von der politischen Konkurrenz lange abgestraft worden war. Dann erfolgte im März 2009 die Deklaration der «Weissgeldstrategie», die die Freie-Liste-Position als Staatsraison anerkannte. Fazit: Die Finanzbranche lebt immer noch!



«Bodenbanken bilden einen wirksamen Schutz gegen Zersiedelung.»

Claudia Robinigg

# 9

## Nichtraucherschutz

[thomas.lageder@landtag.li](mailto:thomas.lageder@landtag.li)

Der Nichtraucherschutz in Liechtenstein ist zwar nicht konsequent umgesetzt. Jedoch haben die Diskussionen im Rahmen der Referendums-Abstimmungen 2009 dazu geführt, dass seit einigen Jahren zumindest dort, wo Essen serviert wird, der blaue Dunst kaum mehr anzutreffen ist. Nachdem nun Österreich per 1. November 2019 einen konsequenten Nichtraucherschutz eingeführt hat, ist Liechtenstein je länger je mehr eine Insel in Bezug auf das Rauchen.

# 10

## Nachhaltige Anlagestrategien

[richard.brunhart@gmx.net](mailto:richard.brunhart@gmx.net)

Die öffentliche Hand ist besonders gefordert, wenn es um Geldanlagen geht. Es erscheint wenig sinnvoll, einerseits Geld in soziale Entwicklung und Umweltschutz zu stecken, andererseits bei Anlagen nicht zu beachten, welche allfällig negativen Auswirkungen eine Investition auf diese Bereiche hat. Die Freie Liste ist hier um einen umfassenden Ansatz bemüht. Denkanstösse in dieser Richtung sind jedoch zumindest bislang nicht auf fruchtbaren Boden gefallen.

# 11

## Verbesserung im Mietrecht

[ute.jastrzab@gmail.com](mailto:ute.jastrzab@gmail.com)

Am 19. November 2007 reichte die Fraktion der Freien Liste eine «Interpellation zum Mietrecht und zur aktuellen Situation der Mieter und Mieterinnen» ein. Anlass war die drohende Abschreibung eines Postulats zum gleichen Thema aus dem Jahre 1993. Die Freie Liste konnte die Diskrepanzen zwischen der gesetzlichen Lage und der sich an der schweizerischen Gesetzgebung orientierenden gängigen Praxis aufzeigen. Es wurde dargelegt, dass es sowohl für Mieter als auch für Vermieter eine Rechtsunsicherheit gibt und die gesetzliche Grundlage zur Durchsetzung von Rechten fehlt bzw. unzureichend war. Die Interpellation wurde im Dezember-Landtag 2007 behandelt und zur Beantwortung an die Regierung überwiesen.



«Mehr Rechtssicherheit für Vermieter und Mieter»

Ute Jastrzab



## 12 Stalking als Straftat

[andrea.matt@supra.li](mailto:andrea.matt@supra.li)



«Seit Sommer 2007 ist Stalking in Liechtenstein eine Straftat.»

Andrea Matt

Seit Sommer 2007 ist Stalking in Liechtenstein eine Straftat. Geschützt werden seither Menschen, die von einer anderen Person über eine längere Zeit so stark verfolgt, belästigt oder bedroht werden, dass es ihr Leben unzumutbar beeinträchtigt. Betroffen sind vor allem Frauen (ca. 80 Prozent), aber auch Männer. Gemeinsam mit der Rechtsanwältin Gudrun Heitzmann (†) arbeitete die ehemalige Freie-Liste-Landtagsabgeordnete und heute Maurer Gemeinderätin Andrea Matt die Initiative aus. Die Landtagsfraktion der Freien Liste reichte sie ein. Der Landtag stimmte ihr mit grosser Mehrheit zu.

## 13 IV-Postulat

[georg.kaufmann@landtag.li](mailto:georg.kaufmann@landtag.li)

Das IV-Gesetz in Liechtenstein benachteiligt Geringverdienende. Sie haben kaum eine Chance, eine Rente oder eine Fortbildung finanziert zu erhalten. Die Ursache dafür ist die Bemessungsmethode des IV-Grads anhand eines theoretisch berechneten Einkommensverlustes. Sie greift auf dem heutigen Arbeitsmarkt zu kurz. Die Fraktion der Freien Liste forderte die Regierung daher im Oktober 2017 auf zu prüfen, wie diese versteckte Benachteiligung von Arbeitnehmern und Branchen mit geringerem Lohnniveau aufgehoben werden kann. In einem weiteren Schritt sollte die Regierung anhand des FL-Postulates prüfen, ob die Einführung eines Koordinationsgesetzes für die Sozialversicherungen erforderlich ist. Obwohl die Postulatsbeantwortung in vielen Punkten unbefriedigend ausfiel, wurde sie mit 13:11 Stimmen abgeschrieben.



«Das IV-Gesetz in Liechtenstein benachteiligt Geringverdienende.»

Georg Kaufmann

# 14

## Tempo 30, Radwege und autofreies Städtle

naha@gmx.li

1994 überreichte eine Gruppe von Freie-Liste-Politikern (im Bild René Hasler, Bürgermeisterkandidat der Freien Liste 2019) dem damaligen Vaduzer Bürgermeister Arthur Konrad die Unterschriften der Kleeblatt-Initiative. Sie umfasste mehrere Forderungen, u.a. Radwege, Tempo 30 auf Quartierstrassen sowie ein probeweise verkehrsfreies Städtle. Der Bau von zentrumsnahen Radwegen wurde in einer Abstimmung direkt angenommen, auch die anderen Denkanstösse der FL-Kleeblattinitiative führten zum Erfolg. Heute, d.h. 25 Jahre später, sind sowohl Tempo 30 als auch das autofreie Städtle Errungenschaften, die in Vaduz als selbstverständlich gelten. Tempo 30 wurde und wird von anderen Gemeinden aufgegriffen – nicht zuletzt dank der Freien Liste, die damals mutig neue Wege ging.



# 15

## Doppelte Staatsbürgerschaft

ecki.hermann@medicare.li

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein Kernanliegen der Freien Liste, sie passt zur weltoffenen Haltung der Partei. Das zeigt z.B. die Motion zur Gesetzesänderung 2015. Den Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern ist es gesetzlich möglich, zwei oder mehrere Nationalitäten zu haben. Ausländerinnen und Ausländer, die im Land wohnen und das Landesbürgerrecht erwerben wollen, müssen auf ihren angestammten Pass hingegen verzichten. Dieser Preis ist vielen zu hoch und somit liegt z.B. für den politischen Prozess im Land einiges Potential brach. Immerhin hat sich im Landtag die Akzeptanz für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft deutlich erhöht. Das alte Vorurteil, dass es Doppelbürgerinnen und -bürgern an Loyalität mangle, ist wenig zeitgemäss. Letztlich wird das Volk entscheiden müssen.



«Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein Kernanliegen der Freien Liste.»

Ecki Hermann

## 16

### Trennung von Kirche und Staat



[wolfgang.marxer@landtag.li](mailto:wolfgang.marxer@landtag.li)

Wir schreiben das 21. Jahrhundert und noch immer kennt unser Land keine gleichberechtigte Anerkennung der Religionsgemeinschaften – mit allen Konsequenzen z.B. für Religionsunterricht und Finanzierung der Religionsgemeinschaften. Die römisch-katholische Kirche geniesst den alleinigen Schutz des Staates – und strapaziert ihn durch ihre uneingeschränkte Machtausübung! Wie weltoffen gibt sich Liechtenstein, wie tolerant und christlich sind wir? Und unsere Koalitionsregierung schläft, obwohl die Freie Liste im April 2014 einen Lösungsvorschlag in Form einer Initiative machte!

«Noch immer fehlt die gleichberechtigte Anerkennung der Religionsgemeinschaften.»

Wolfgang Marxer



## 17

### Sonnenstromaktien für die Maurerinnen und Maurer

[claudia.robinigg@gmail.com](mailto:claudia.robinigg@gmail.com)

Auf Initiative der Freien Liste stellte die Gemeinde Mauren 2014 Dachflächen für die Errichtung von Solarstromanlagen zur Verfügung. Der daraus generierte Strom wurde ins Netz der LKW gespeist. Um Gemeindegewinnern und -bürger zu beteiligen, konnten diese einen Anteilsschein zum Ausgabepreis von 1400 Franken mit einer Laufzeit von 20 Jahren erwerben. Wer zeichnete, ermöglichte eine Mehrproduktion an Solarstrom und erhielt dieses «Plus» Ende Jahr von den LKW auf der privaten Stromrechnung zum jeweils aktuellen Energiepreis ausbezahlt. Andere Gemeinden wie Eschen folgten diesem erfreulichen Beispiel.

## 18

### WeissKLIMAstrategie

[wolfgang.marxer@landtag.li](mailto:wolfgang.marxer@landtag.li)

Greta hin oder her: Dass sich die Erde in den vergangenen Jahrzehnten in einem hohen Tempo erwärmt hat, bezweifelt kaum noch jemand. Dass der Mensch die Hauptursache für diesen Temperaturanstieg ist, zweifeln auch nur noch wenige an. Auch diesbezüglich ist der Konsens überwältigend. Die Prognosen von Wissenschaftlern über die Folgen des Klimawandels müssten für Liechtenstein einen ähnlichen Handlungsdruck, eine ähnliche Priorität erzeugen wie seinerzeit bei der WeissGELDstrategie – zumindest wenn die eingegangene Verpflichtung zur Einhaltung der nachhaltigen Entwicklungsziele (engl. Sustainable Development Goals oder kurz SDGs) der UNO bis 2030 tatsächlich erfüllt werden will.

Anlässlich der Aktuellen Stunde im Landtag im Oktober 2019 stellte die Freie

## Denkanstösse

Liste bewusst nicht zur Debatte, ob Liechtenstein den Klimanotstand ausrufen soll. Wir wollten auch nicht diskutieren, ob ein Notstand herrscht. Und wir wollten auch keine Scheindebatte darüber, dass ja nichts unternommen werden dürfe, das der Wirtschaft schade, oder ob man den BürgerInnen verpflichtende Massnahmen zumuten dürfe. In der Debatte lag der grösste Unterschied nicht darin, ob etwas getan werden müsse, sondern darin, wie radikal und wie interventionistisch die Massnahmen sein dürfen. Um hier Konsens herzustellen, wurde ein Sonderlandtag ins Spiel gebracht, ohne direktes Echo der anderen Parteien.

Verhält es sich nicht so: Die Wirtschaft ruft nach Lenkungsmassnahmen, damit sie weiss, in welche Richtung Forschung und Innovation gehen sollen. Und ja, zu lange wurde die Wirtschaft an einer zu langen Leine geführt – was einen Teil unserer heutigen Klimaprobleme begründet.

Die Bevölkerung, nicht nur der jugendliche Teil, würde eigentlich handeln wollen und wäre in meinen Augen schon heute als KonsumentInnen bereit, für die Nachhaltigen Entwicklungsziele und gegen den Klimawandel viel mehr zu tun.

Es ist doch unerheblich, wer letztlich Schuld hat oder nicht. Es zählt einzig und allein, was durch den Klimawandel auf der Welt angerichtet wird bzw. von ExpertInnen prognostiziert wird – auch bei uns.

Was ist, wenn wir eines Tages aufwachen und realisieren sollten, dass es den Klimawandel nicht im befürchteten Masse gibt, oder – oh Wunder – die Wirtschaft dank Innovation und Forschung tatsächlich Lösungen findet? Dann haben wir dank unserer heutigen Massnahmen sauberere Luft, weniger lebensfeindlichen Verkehr, eine lebenswertere Umwelt, mehr Natur, mehr Biodiversität, weniger Naturkatastrophen, gesündere Ernährung, keinen Kampf um Naturressourcen. Lieber das Richtige tun aus den falschen Gründen als das Falsche tun, weil man glaubte, sich über die richtigen Gründe hinwegsetzen zu können.

**«Allein durch Reden werden wir weder Natur noch Klima retten»**

Monika Gstöhl, LGU-Geschäftsführerin, Liechtensteiner Volksblatt, 18.7.19, S. 4



Kommentar zu Aussagen wie: Liechtenstein allein kann den Klimawandel nicht aufhalten. Wirtschaftsfeindliche Massnahmen kosten nur und führen zu geringerem Lebensstandard. Diese Aussagen sind gleich mehrfach falsch:

1. Wenn alle so denken, geschieht (weltweit) nichts. Und Liechtenstein als Alpen- und Bergland hat doch selbst grösstes Interesse, dass etwas geschieht.
2. Es gibt auch eine (globale) Solidarität.
3. Kostet nur? Was sicher ist: Nichts tun wird in Zukunft VIEL mehr kosten.
4. Bringt nichts? Wenn wir Massnahmen beschliessen, wenn wir etwas zu einer Klimaverbesserung tun, bringt dies der Bevölkerung, der Umwelt und auch der Wirtschaft etwas und damit werden Arbeitsplätze geschaffen. Innovative technische Entwicklungen können sogar den Export weiter ankurbeln.

# 19

## 100 Prozent Bioland Liechtenstein

[patrick.risch@landtag.li](mailto:patrick.risch@landtag.li)

Der Nutzen der Biolandwirtschaft für uns alle und die Umwelt ist gross, z.B. durch die Erhaltung der Biodiversität und einen besseren Schutz der Bodenfruchtbarkeit und des Trinkwassers. Aktuell liegt der Anteil der Biolandwirtschaft bei 40 Prozent, die Freie Liste hat die Vision von Liechtenstein als 100-Prozent-Bio-Land entwickelt und dazu politische Vorstösse eingereicht. Dabei geht es der FL nicht darum, alle Liechtensteiner Betriebe zur einer ökologischeren Landwirtschaft von heute auf morgen zu zwingen. Das langfristige Ziel muss aber eine nachhaltigere und zukunftsgerichtete Landwirtschaft sein.



«Das langfristige Ziel muss nachhaltigere Landwirtschaft sein.»

Patrick Risch

# 20

## Bezahlte Elternzeit

[thomas.lageder@landtag.li](mailto:thomas.lageder@landtag.li)

Ein Kernanliegen der Freien Liste ist eine bezahlte Elternzeit in Liechtenstein. So hat sie z.B. im April 2012 ein Postulat dazu eingereicht. Der Betrag würde sich idealerweise am statistischen Medianlohn orientieren. Vor allem würde eine bezahlte Elternzeit Vätern und Müttern die Möglichkeit bieten, in den wichtigen ersten Lebensmonaten des Neugeborenen Zeit mit dem Nachwuchs zu verbringen. Die gegenwärtige unbezahlte Elternzeit kann nur von sehr gut verdienenden Personen genutzt werden. EWR sei Dank wird eine bezahlte Elternzeit wohl bald Realität werden.

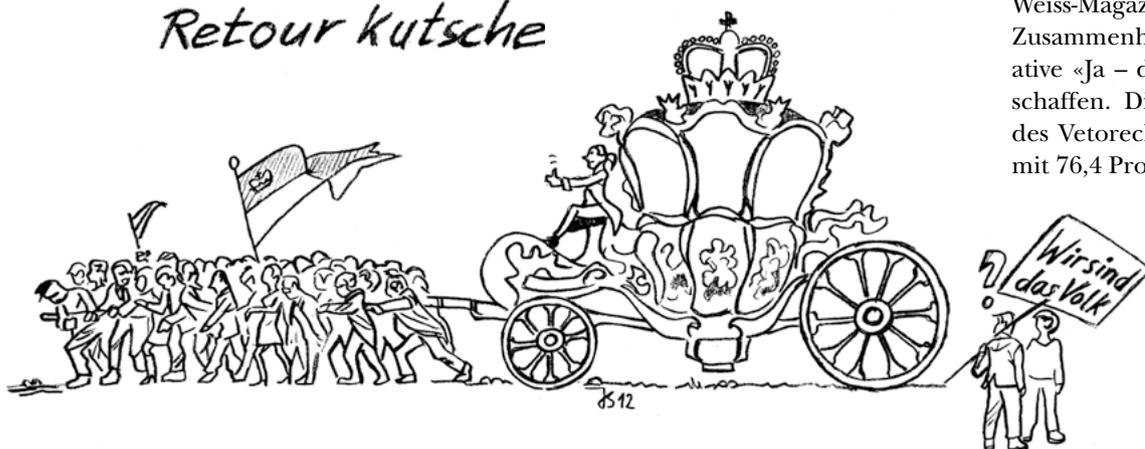
# 21

## Karikaturen

[info@weissmagazin.li](mailto:info@weissmagazin.li)

Polit-Karikaturen sind heute umstrittener denn je. Ohne sie ginge jedoch eine Menge geistreicher Humor und ein intelligentes Ventil verloren. Karikaturist und Historiker Jürgen Schremser erstellt seit der ersten Ausgabe Karikaturen für Weiss Magazin. Die hier abgebildete Karikatur «Retourkutsche» zum Beispiel wurde in diesem Herbst in der Ausstellung «Überzeichnet!» im Alten Pfarrhof in Balzers gezeigt. Er hat sie ursprünglich für das Weiss-Magazin (Nr. 4) im Jahre 2012 im Zusammenhang mit der Verfassungsinitiative «Ja – damit deine Stimme zählt» geschaffen. Die Initiative zur Schmälerung des Vetorechts des Fürsten wurde damals mit 76,4 Prozent der Stimmen abgelehnt.

Retour kutsche



# 22

## Verpflichtendes betriebliches Mobilitätsmanagement

[thomas.lageder@landtag.li](mailto:thomas.lageder@landtag.li)

Zwölf vorbildliche Betriebe in Liechtenstein, darunter die Landesverwaltung, unterhalten seit längerer Zeit ein freiwilliges betriebliches Mobilitätsmanagement mit Parkplatzgebühren (Stand Mai 2018). Die Abgeordneten der Freien Listen forderte im Juni 2017 ein verpflichtendes betriebliches Mobilitätsmanagement in einem Postulat, welches der Landtag einstimmig an die Regierung überwies. Die Regierung war somit aufgefordert zu prüfen, wie sich eine verbindliche Regelung für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden auf das Verkehrsaufkommen und somit die Erreichbarkeit in Liechtenstein auswirken würde und wie dies umgesetzt werden könnte. Bei einem verpflichtenden betrieblichen Mobilitätsmanagement ist laut Regierung zu erwarten, dass rund 20 Prozent der Arbeitnehmenden auf den öffentlichen Verkehr oder das Fahrrad umsteigen würden. Damit würde der Verkehrsfluss deutlich verbessert.

# 23

## Gleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Partner

[richard.brunhart@gmx.net](mailto:richard.brunhart@gmx.net)

Grosse gesellschaftliche Entwicklungen wie die Abschaffung der Diskriminierung der sexuellen Orientierung lassen sich kaum aufhalten. Dennoch braucht es Parteien und Personen, die die politische Agenda anstossen. So unterbreitete die Freie-Liste-Fraktion 2007 dem Landtag eine entsprechende Motion. Die Regierung wurde aufgefordert, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die es gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht, ihre Partner-

schaft rechtlich abzusichern. 2011 wurde das von der Regierung vorgelegte und vom Landtag einhellig verabschiedete Partnerschaftsgesetz, gegen das das Referendum ergriffen wurde, mit über zwei Drittel der Stimmen vom Volk angenommen.

# 24

## Stimm- und Wahlrecht für Auslandschweizer/-innen

[helen.konzett@landtag.li](mailto:helen.konzett@landtag.li)

Viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, die im Ausland wohnen, verfolgen das politische und gesellschaftliche Geschehen in ihrer Heimat und bekunden auch ihr Interesse daran, die Zukunft in ihrem Heimatland mitzubestimmen. Politische Vorstösse zum Wahl- und Stimmrecht für Auslandschweizer gab es bereits vor 25 Jahren. 2013 hievte die Freie Liste das Thema erneut auf die politische Agenda reichte und eine «Vorlage zur Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts auf Landesebene von im Ausland lebenden Liechtensteinern» im Landtag ein. Auch andere Kleinstaaten wie Luxemburg, Malta oder Monaco kennen ein Wahl- und Stimmrecht für im Ausland lebende Bürger/-innen in unterschiedlicher Ausprägung. In Liechtenstein hat sich dieses demokratische Recht bisher nicht durchgesetzt, nicht zuletzt weil die Mehrheit im Landtag bzw. viele der hier ansässigen Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner einen Kontrollverlust befürchten.



«Wahlrecht für Auslandschweizer/-innen: Der Landtag befürchtete einen Kontrollverlust.»

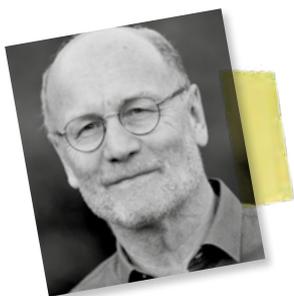
Helen Konzett

## 25

### Integration von Behinderten in den Arbeitsalltag

[praesidium@freieliste.li](mailto:praesidium@freieliste.li)

Postulatstext des Abgeordneten Pepo Frick, im Dezember 2012 mit 20 Stimmen überwiesen: «Die Regierung wird eingeladen, umfassend zu überprüfen, wie die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung in Liechtenstein verbessert werden kann. Die Basis hierfür soll das Behindertengleichstellungsgesetz sein. Auch das Invalidenversicherungs-Gesetz und die Schaffung eines Behinderten-Einstellungsgesetzes sollen in die Prüfung einbezogen werden. Zudem sollen, durch flankierende Massnahmen, Menschen mit Behinderung bestmöglich bei der Eingliederung in den Arbeitsprozess unterstützt werden.» Auch nach sieben Jahren ist bisher keine Antwort des Sozialministers erfolgt, trotz mehrmaliger Aufforderung, die letzte davon 2018. Dies stellt eine eindeutige Missachtung des Landtages und der gesetzlich festgelegten Fristen zur Bearbeitung von überwiesenen Vorstössen an die Regierung dar.



«Seit 2012 schweigt  
die Regierung zur  
berufliche Integration  
von Menschen mit  
Behinderung.»

Pepo Frick

## 26

### Transparente Parteienfinanzierung

[georg.kaufmann@landtag.li](mailto:georg.kaufmann@landtag.li)

Woher kommt das Geld für Wahl- und Abstimmungskampagnen von Parteien?

Das System der Parteienfinanzierung beeinflusst demokratische Prozesse massgeblich, z.B. hinsichtlich Parteien- und Meinungsvielfalt. Bis vor einigen Jahren war in Liechtenstein nur die staatliche Parteienförderung transparent, zudem waren die Beiträge an die Parteien gekürzt worden. Vor diesem Hintergrund lud die Freie-Liste-Fraktion im August 2013 die Regierung in einem Postulat ein, mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung zu schaffen, damit eine allfällige einseitige Einflussnahme von Wirtschaftsunternehmen und Privaten verhindert werden könnte. Als Folge der Forderung der Organisation GRECO (Groupe d'États contre la Corruption, Staatengruppe gegen Korruption) und der darauffolgenden Gesetzesänderungen müssen neu die Rechnungen aller Parteien offengelegt werden. Für die Freie Liste war das seit jeher selbstverständlich.

## 27

### S-Bahn FLA.CH

[wolfgang.marxer@landtag.li](mailto:wolfgang.marxer@landtag.li)

Die Freie Liste hat sich für die S-Bahn FLA.CH in zahlreichen Voten, Kleinen Anfragen und öffentlichen Beiträgen stark gemacht. Eine S-Bahn im 30-Minuten-Takt bringt klare Vorteile. Wenn bis zu 4000 Pendler (siehe Bericht und Antrag der Regierung Nr. 101/2011) auf die S-Bahn umsteigen, entlastet dies spürbar die Strassen im Unterland und in Schaan. Selbst während der Stosszeiten kämen Pendler und Gewerbetreibende schneller

an ihr Ziel. Gleichzeitig würde sich die Attraktivität der LIEmobil-Busse steigern, die die aktuelle Situation kaum mehr ausreichend bewältigen können. Wir könnten in Zukunft mit der S-Bahn über Schaan nach Balzers/Trübbach nach Sargans fahren, das steht und fällt mit Liechtensteins Mut, zukunftsweisende Projekte anzupacken. Auch die Machbarkeit einer Regionalbahn Oberland ist in einer Studie des VCL belegt, mit ihr wären auch Vaduz und Triesen mit der Bahn erschlossen.

## 28 Freie-Liste-Fest für Friends & Family

[ute.jastrzab@gmail.com](mailto:ute.jastrzab@gmail.com)

[birgit.netzer@adon.li](mailto:birgit.netzer@adon.li)

Sich Austauschen und miteinander Zeit verbringen bei einem Glas Wein und einem feinen Essen, ohne politische Absichten. Weil die Freie Liste das soziale Miteinander mit den Mitgliedern bewusst pflegen und beleben will, hat sie in diesem Sommer das Freie-Liste-Fest für Friends & Family geschaffen. Die Party fand am Samstag, den 21. September, bei strahlendem Herbstwetter in Vaduz an erhöhter Lage bei den Tennisaussenplätzen und mit feinem vegetarischem Risotto statt. Fazit: Das behalten wir bei, denn neben offensivem und intensivem politischem Engagement braucht es dann und wann eine fröhliche Auszeit. Nächstes Mal wird mehr getanzt, denn im Wechsel zwischen Ruhe und Bewegung steckt die Kraft.

## 29 Belebung Schädgraba

[praesidium@freieliste.li](mailto:praesidium@freieliste.li)

Als Beitrag zum 300-Jahr-Jubiläum schlug die Freie Liste die Renaturierung des «Schädgraba» (Scheidgraben) vor, eines für alle zugänglichen Naturschutzgebiets mitten im Tal. Heute trennt dieser das Oberland vom Unterland und präsentiert sich als monotones, ökologisch verarmtes Gewässer angrenzend an die Gemeindegebiete Planken, Vaduz, Schaan, Eschen und Gamprin-Bendern. Mit geeigneten Massnahmen könnte man den «Schädgraba» in ein verbindendes Element verwandeln und die ökologische Vielfalt wieder zum Leben erwecken. Eine verpasste Chance.



«Seit 1. Januar  
2012 setzt  
Vaduz auf  
Mehrweg.»

René Hasler



## 30 «Mehrweg» am Staatsfeiertag

[naha@gmx.li](mailto:naha@gmx.li)

Es brauchte einiges an Überzeugung, aber mit guten Argumenten und dem Aufzeigen von Vorteilen und Chancen entschied sich Vaduz für verpflichtende Verwendung von Mehrwegsystemen im öffentlichen Raum. Die Idee entstand nach der Teilnahme von René Hasler an der Mehrwegtagung in Altstätten. Vor allem die Referenten, die über ihre Erfahrungen bei Stadtfesten berichteten, überzeugten ihn. Es ist ökologisch sinnvoll, ein grosser Teil an Abfall kann verhindert werden, und dadurch gibt es nahezu keine überquellenden Abfallkübel mehr. Nach und nach wurde die Idee von Bürgermeister, Umweltschutzkommission, Standortmarketing Vaduz und schliesslich vom gesamten Gemeinderat gutgeheissen. Seit 1. Januar 2012 setzt Vaduz auf Mehrweg.

Die Freie Liste wünscht einen stimmungsvollen Jahresausklang.



Fotos: Klaus Schädler

## Landtags-Talk am 10. Dezember, 18.30 Uhr im Coworking Space

Landtags-Talk im Advent: Treffen Sie unseren Landtagsabgeordneten Thomas Lageder und unseren Gemeinderat Stephan Gstöhl in der persönlichen Atmosphäre des Coworking Space. Informationen aus erster Hand immer jeweils am Dienstag nach den Landtags-Sitzungen. Mit Imbiss. Die aktuellen Themen aus dem Landtag finden Sie auf [www.freieliste.li](http://www.freieliste.li)

**Bitte aus organisatorischen Gründen anmelden auf [info@freieliste.li](mailto:info@freieliste.li)**